



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Oktober 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **A 721 Anfrage Huser Claudia und Mit. über das Ziel und den Auftrag der Dienststelle Soziales und Gesellschaft im Bereich Diversität und Gesellschaft / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Claudia Huser Barmettler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Huser Barmettler: Der Regierungsrat hat alle gestellten Fragen beantwortet, von da her müsste ich also mit der Antwort zufrieden sein. Leider hat sich meine Hypothese bewahrheitet, dass die Regierung zwar in der Definition von Diversity auch LGBT-Fragen (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender) inkludiert, aber diesen Teilbereich rasch wieder vergisst und fast ausschliesslich von Menschen mit Behinderungen, der Gleichstellung und allenfalls noch von Menschen mit Migrationshintergrund spricht. Mit dieser Antwort kann ich leider nicht zufrieden sein. Für mich bedeutet Diversity die Chancengerechtigkeit aller Menschen – unabhängig von Geschlecht, Religion, Behinderung, Alter und Nationalität. In der Definition des Regierungsrates fehlt der wichtige Punkt der sexuellen Orientierung, denn leider führt die sexuelle Orientierung oftmals zur Ausgrenzung in der Gesellschaft und darf daher in der Definition von Diversity nicht fehlen. Des Weiteren schreibt die Regierung, dass die Abteilung Behinderung und Diversität zwar für das ganze Thema Diversity zuständig ist, aber inhaltlich auf die Gleichstellung von Mann und Frau sowie das Leben mit Behinderungen fokussiert ist. Die Regierung geht in ihrer Antwort nicht auf die Thematik der sexuellen Orientierung ein. Die Begründung, dass auch der Kanton Luzern der Bundesverfassung verpflichtet ist und damit jegliche Diskriminierung ausgeschlossen wird, ist leider etwas fadenscheinig. Wenn das Festschreiben in der Bundesverfassung reichen würde, dann bräuchten wir auch in anderen Lebensbereichen, beispielsweise bei der Gleichstellung von Mann und Frau oder im Behindertenbereich, keine Projekte oder Leitbilder. Beide Bereiche sind auf Bundesebene geregelt, etwa in der Bundesverfassung oder in der Behindertenrechtskonvention. Ich bin über die regierungsrätlichen Antworten und die aktuelle Situation enttäuscht, aus meiner Sicht ist das eines so offenen und modernen Kantons wie Luzern nicht würdig. Mir ist bewusst, dass die Kantonsfinanzen in den letzten Jahren eng waren. Mit der vorliegenden Antwort suggeriert der Regierungsrat, dass kein Handlungsbedarf besteht, das finde ich schade. Mich hätte die Antwort, dass in Bezug auf Diversity wenig bis gar nichts getan wird, weniger enttäuscht. Selbst wenn die Finanzen eng waren, Ideen gegenüber offen zu sein und damit auch Diversität zu leben, kostet nichts und wäre zumindest ein Anfang. Aber natürlich muss im Zusammenhang mit Massnahmen auch immer über die Kosten gesprochen werden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Regierung versteht die Diversität respektive die Vielfalt der Gesellschaft als Stärke und stellt keine einzelnen Menschen in den Vordergrund. Wir fördern die Chancengleichheit aller Menschen. Nicht nur das Gesundheits- und Sozialdepartement,

sondern auch die anderen Departemente leben nach diesem Grundsatz. Wie in der Bundesverfassung festgehalten, sollen alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und die Gesellschaft mitgestalten können unabhängig von Geschlecht, Religion, Bildung, Alter oder Nationalität. Wir leben nach dem Grundsatz, dass alle gleich sind. Das erwarte ich nicht nur von meinem, sondern von allen Departementen. Diversität ist ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema und schliesst alle Lebensbereiche ein. Es ist keine Frage des Geldes, sondern eine der Einstellung.